



## Kreistag hat entschieden

Weitreichende Beschlüsse zu Windkraft, Mindestlohn und Jugendhilfe sind verabschiedet worden. Mehr auf... Seite 3



## Ansprüche & Ansätze zur pol. Arbeit

Der Umgang mit der Geschichte, darunter der eigenen, widerspiegelt stets die politische Positionierung zur Gegenwart und Zukunft. Seite 6/7

## DIE LINKE nun in der Steinstraße 6



Bundestagsabgeordneter Dr. Dietmar Bartsch und der Kreisvorsitzende Roy Rietentidt eröffnen Wahlkreisbüro in Gadebusch. Roy Rietentidt begrüßte bei der Büroeröffnung Gadebuschs Bürgermeister Ulrich Howest (SPD), seinen 2. Stellvertreter Wolfgang Joop

(BBG), den Fraktionsvorsitzenden Björn Griese, die Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag Regina Groß, die Fraktionsvorsitzende der Gadebuscher Stadtvertretung Sonja Weise, die Vorsitzende der BO Gadebusch Sandra Montag und ca. 25 Mitglie-

der und Gäste im neuen Wahlkreisbüro in der Steinstraße 6 und natürlich Dietmar Bartsch.

Er legte großen Wert auf die Tatsache, dass es keine Selbstverständlichkeit ist, dass der Kreisverband 3 Geschäftsstellen unterhält. Dies ist ein erheblicher finanzieller Kraftakt. Umso mehr freut es ihn, dass mit Hilfe von Dietmar Bartsch der Erhalt der Gadebuscher Geschäftsstelle geglückt ist. Er hofft, dass das Büro zu einem Anlaufpunkt für Mitglieder, Sympathisanten und Bürger wird. Die Kommunalwahl am 25. Mai gilt es gut vorzubereiten. Aus diesem Grund werden auch in der neuen Geschäftsstelle zahlreiche Veranstaltungen stattfinden. Ziel ist es, mit vielen Kandidaten, möglichst flä-

(Fortsetzung auf Seite 5)

## Bundesregierung zu spät am Start erschienen

Viel mögliche Regierungszeit ist bislang tatenlos verstrichen. Im Sport hätte eine derartige Verspätung, um nicht zu sagen Startverweigerung, zur Disqualifikation geführt.

Am 15. Januar 2014, rund vier Monate nach der Bundestagswahl und 86 Tage nach Konstituierung des Deutschen Bundestages, haben sich die Bundestagsausschüsse konstituiert. Wir Abgeordneten haben endlich Gelegenheit das zu tun, was unsere Wählerinnen und

Wähler von uns erwarten: politische Entscheidungen vorzubereiten, zu beraten und zu treffen. Die Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag ist gut aufgestellt. In Berlin und in den Wahlkreisen wurden die nötigen organisatorischen Voraussetzungen geschaffen, die Fraktion hat sich zu inhaltlichen Schwerpunkten verständigt und begonnen, ihr 100-Tage-Programm zu verwirklichen. Wir werden in den kommenden Monaten vor allem parlamentarische Initiativen auf den Weg brin-

gen für sichere Arbeit und gerechte Löhne, zur Armutsbekämpfung, für eine gerechte Energiewende und für Lohn- und Renteneinheit.

Die Abgeordneten unserer Fraktion haben sich für ihre Arbeit in den fachpolitischen Bundestagsausschüssen entschieden und die Fraktion hat ihre Obleute gewählt. <http://www.linksfraktion.de/abgeordnete-ausschuesse/>

Ich werde wie bislang Mitglied des Haushaltsausschusses sein und mich dort speziell auch mit den Haushalten des Bundesrates, des Bundespräsidialamtes, des Inneren und des Bundesverfassungsgerichtes befassen und dafür für DIE LINKE Berichterstatter sein.

Mit großer Freude habe ich am 15. Januar für unsere Fraktion im Haushaltsausschuss den Vorschlag unterbreitet, Gesine Lötzsch zur Vorsitzenden des wohl wichtigsten Ausschusses des Deutschen Bundestages zu wählen. Haushaltspolitik ist die „Königsdisziplin“ der parlamentarischen Arbeit. Gesines Wahl erfolgte einstimmig, ich werde sie nach Kräften unterstützen.

Dietmar Bartsch



Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert gratuliert Gesine Lötzsch anlässlich ihrer einstimmigen Wahl zur Vorsitzenden des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages

## Termine (Teil 1/3)

### 1. Februar

Geschäftsstelle Wismar  
Beginn: 9.00 Uhr

### Beratung der BO-Vorsitzenden

### 12. Februar

Geschäftsstelle Gadebusch  
Beginn: 19.00 Uhr

### Vorstandssitzung Kreisverband Nordwestmecklenburg

### 15./16. Februar

### Europa-Parteitag und Vertreter/innenversammlung zur Aufstellung der Liste zur Europawahl

Ort: Hamburg, Congress Center

### 19. Februar

Geschäftsstelle Gadebusch  
Beginn: 16.00 Uhr

### Mitgliederversammlung der BO Amt Gadebusch

### 21. Februar

Geschäftsstelle Wismar  
von 9.00 bis 11.00 Uhr  
MdL Simone Oldenburg bietet an...

### Unverbindliche Rechtsauskunft

mit dem Rechtsanwalt Andreas Spriewald zu zivil-, verwaltungs- und sozialrechtliche Angelegenheiten

Ort: Geschäftsstelle Wismar, Am Schilde 7a

### 22. Februar

Wismar | Beginn 9.00 Uhr

### Gesamtmitgliederversammlung Kreisverband Nordwestmecklenburg

### 24. Februar

Filmbüro Wismar  
Beginn: 17.00 Uhr

MdL Simone Oldenburg lädt ein ins...

### Café Courage

### Wieviel Kultur braucht unser Land?

Gesprächsrunde mit dem kulturpo-

## Termine (Teil 2/3)

litischen Sprecher der Linksfraktion Torsten Koplin

Ort: Landesfilmbüro Wismar; Bürgermeister-Haupt-Straße 51-53

**26. Februar**

Wismar | Beginn: 19.00 Uhr

Vortrag und Diskussion mit Norbert Schepers

**Drohnenkriege – Kriegsführung der Zukunft?**

Mit Norbert Schepers, RLS Bremen

Ort: Tikozigalpa, Dr. Leber-Str. 38, Gemeinsam mit Infocafé

**28.2. und 1.3.2014****Rassistische Gewalt und Nazi-Terror -Demokratiegefährdung - Ausblick und Gegenwehr**

Ort: Hotel „Elefant“, Goethestraße 39-41, 19053 Schwerin

Veranstalter: Kofo/Ver.die Nord

**5. März**

Geschäftsstelle Grevesmühlen  
Beginn: 19.00 Uhr

**Vorstandssitzung Kreisverband Nordwestmecklenburg****6.-9. März****Stand der LINKEN auf der Haneschau**

Festplatz Bürgerpark – Täglich 10 bis 18 Uhr am Messestand 120.

**7. März**

Kapelle Weitendorf  
Beginn: 17.00 Uhr

MdL Simone Oldenburg lädt ein zur...

**Frauentagsfeier in der Kapelle: „Lisbeth snackt platt“**

(Der Eintritt ist frei. Wir bitten um eine Spende für unser Kinderfest.)

**12. März**

Geschäftsstelle Gadebusch  
Beginn: 15.00 Uhr

**Frauentagsfeier**

und anschließend eine Veranstaltung mit Andre Brie unter dem Motto:

**Die EU am Scheideweg: Desintegration oder radikale Erneuerung und Vertiefung der europäischen Integration****27. März**

Jugendklub Gägelow  
Beginn: 17.00 Uhr

**Aus der BO Friedenshof Wismar: Jahresrückblick 2013 und Gedanken zur Parteiarbeit**

Unsere Wismarer Basisorganisation Friedenshof nutzte ihre Dezemberversammlung für einen Rückblick auf das Jahr 2013 und für einen Gedankenaustausch zur Parteiarbeit allgemein und in unserem Kreisverband.

Unsere Bilanz für 2013 fiel positiv aus. Unsere Mitgliedsbeiträge und Spenden liegen teilweise weit über den Durchschnittswerten unseres Kreisverbandes. Zu Beginn des Jahres haben einige unserer Genossinnen und Genossen den Bundestagswahlkampf auch mit direkten Spenden nach Berlin unterstützt. Wir waren aktiv vertreten am Infostand unserer Partei zur Haneschau im März, am Infostand zum Fest der Demokratie im Mai am Wismarer Hafen, auf Infoständen zur Sommertour von Martina Bunge und Gregor Gysi am Markt, am 31. August am Marktkauf und an vier Infoständen im September am Markt Wismar. Dabei wurden wir von Genossinnen und Genossen aus der Altstadt unterstützt. Unsere Genossen sicherten auch die vielen Wahlkampfinfostände der BO Wismar Wendorf mit ab. Unsere Genossen haben Wahlplakate geklebt, aufgehängt und auch ordnungsgemäß wieder entfernt. Wir verteilten regelmäßig Klar-Zeitungen, zusätzlich wurden im Sommer 2013 durch unseren Genossen Rainer Schwarz mindes-



Am Infostand zum Weltfriedenstag 2013

tens 1000 Clara Zeitungen verteilt. Unsere Genossen Brigitte Wigger, Detlef Bojahr und Uwe Boldt haben mit der Linksfraktion der Wismarer Bürgerschaft einiges erreicht. Ein Beispiel: die Stadt Wismar kann auf Beschluss der Bürgerschaft Aufträge nur noch an Firmen vergeben, die ihren Mitarbeitern einen Mindestlohn von 8,50 Euro zahlen. Ein herzliches Dankeschön ging an unseren Genossen Peter Vorbau für sein unermüdliches Engagement für den „Wellenbrecher“.

Es gab aber auch Kritik an der Parteiarbeit in unserem Kreisverband. Leider geht es von einem Wahlkampf zum nächsten, die inhaltliche Arbeit leidet. Die zum Jahresende aufgetretenen Diskussionen zum Wellenbrecher verstehen wir nicht. Unsere Genossen erinnerten an die Anfänge der Mitgliederzeitung im Stadtverband

Wismar. Aufgabe einer Mitgliederzeitung ist die Information und der Meinungs-austausch. Der Wellenbrecher informiert ausführlich und rechtzeitig über alle unsere Termine, Veranstaltungen oder linke Projekte. Weiterhin wurde diskutiert, warum trotz guter Werbung manche unserer Veranstaltungen nur schlecht besucht werden, zum Beispiel die von Simone Oldenburg organisierte Podiumsdiskussion mit Helmut Holter zur Lage der Werften.

Traditionell spendet die BO Friedenshof für die Weihnachtsaktion „Helfen bringt Freude“ der Ostseezeitung. Dieses Mal sammelten wir 95 Euro. Die Ostseezeitung berichtete am 17. Dezember 2013 in ihrem Wismarer Lokalteil.

*Gabriele Sauerbier,  
BO Vorsitzende*

**Abermals ein neues BO-Jahr!**

Es begann mit einem Brecht-Gedicht: Fragen eines lesenden Arbeiters, vorgetragen vom BO-Vorsitzenden Günther Bruns und seinem Sohn Hannes Bruns.

Ein Gedicht, das jeder historisch denkende Mensch von Zeit zu Zeit



lesen sollte. Von Brecht lernen heißt hinter die Dinge zu schauen. Grünkohl und Sauerkraut wurden

von 20 Essern aus der BO-Lüdersdorf/Schönberg und der BO Dassow/Selmsdorf verspeist. 10 LINKE aus Lübeck waren als Gäste dabei. Sie wurden besonders herzlich willkommen geheißen und ihnen für die Unterstützung beim Bundeswahlkampf gedankt. Die Lübecker sind auch bereit, uns bei den bevorstehenden Wahlkämpfen zu unterstützen.

Gen. Bruns dankte allen Genossen, die die Arbeit der BO so vehement unterstützten. Er bat darum, sich Gedanken über Kandidaten für die bevorstehenden Kommunalwahlen zu machen. Nach vielen fruchtbaren Gesprächen, und nach dem Genuss

des Essens und der Getränke spielte Hannes Bruns auf seiner



Gitarre brasilianischen Bossa Nova. Auch deutsche Lieder wurden vorgetragen u.a. Rinderwahn oder „Zur Liebe ist es nie zu spät!“ Spät ging man mit frohem Mut auseinander. So lang hatte noch keine "Weihnachtsfeier" gedauert.

*Günther Bruns, 10. Januar 2014*

## Aus der Kreisvorstandssitzung vom 8. Januar 2014

Unsere erste Vorstandssitzung im neuen Jahr begannen wir mit der Diskussion des Presseentwurfs „LINKE empört über geplante Toiletenschließung am Bahnhof Wismar“. Nach den Erfahrungen unserer Kommunalpolitiker stimmt die Deutsche Bahn leider ihre Vorhaben nicht mit den Kommunen ab.

Das wichtigste Thema der Vorstandssitzung waren die bevorstehenden Wahlen am 25. Mai. In Nordwestmecklenburg wird eine neue Landrätin oder ein neuer Landrat gewählt. Die LINKE Nordwestmecklenburg wird ihren eigenen Kandidaten aufstellen. Auf unserer nächsten Gesamtmitgliederversammlung am 22. Februar werden wir unseren Landratskandidaten bestätigen, alle Listenvor-

schläge für den neuen Kreistag abstimmen und unser Kreiswahlprogramm beschließen. Einige Genossinnen und Genossen erarbeiten gegenwärtig einen Wahlprogrammorschlag. Falls es Ideen oder Fragen zum Kreiswahlprogramm oder zu Kandidaturen auf unseren offenen Listen gibt, leitet diese bitte an die BO Vorsitzenden oder an die Kreisvorstandsmitglieder weiter. Alle BO Vorsitzenden haben inzwischen eine Einladung zu einer vorbereitenden Wahlberatung am 01. Februar in Wismar erhalten.

Der Kreisvorstand hat seinen Arbeitsplan für das 1. Halbjahr 2014 abgestimmt. Unsere nächste Herausforderung ist die Organisation eines Infostandes unserer Partei

auf der Hanseschau Wismar vom 6. bis zum 9. März. Selbstverständlich denken wir an den Internationalen Frauentag am 8. März.

Genosse Kurt Dombrowski erläuterte uns die Vorhaben der Arbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik unseres Kreisverbandes. Die AG sucht das Gespräch mit dem Genossen Dietmar Bartsch und mit anderen über linke Politik.

Zum Schluss unserer Sitzung informierte Genosse Roy Rietentidt über Organisatorisches, so über die bevorstehende Eröffnung der neuen Geschäftsstelle in Gadebusch.

*Gabriele Sauerbier*

## Weitreichende Beschlüsse zu Windkraft, Mindestlohn und Jugendhilfe im Kreistag Nordwestmecklenburg

Der Kreistag am 16. Januar war die Fortsetzung des Dezember-Kreistages, auf dem wegen des Sturms Xaver nur das allerwichtigste behandelt wurde, denn damals war man gerade so beschlussfähig.

Beim Thema Kriterien zur **Neuausweisung von Windkraftgebieten** war dieser „Zeitgewinn“ gut und machte eine qualifiziertere Debatte möglich. Wir als LINKE hatten dieses Thema ja auch intensiv beraten auf unserer Klausurtagung, mehreren Fraktionssitzungen und zusammen mit Vertreter\_innen der Linksfractionen im Landtag und in den anderen Kreistagen sowie aus Schwerin und Rostock. Der Umweltausschuss des Kreistages plädierte für eine Vertagung, in der Hoffnung später noch einmal vom Regionalen Planungsverband gehört zu werden. Dieser wird am 26. Februar nach mehreren Aufschüben jedoch verbindliche Entscheidungen treffen. Daher war der nun von der CDU vorgelegte Antrag besser, um im Vorfeld den Standpunkt des Kreises als Empfehlung an den Planungsverband zu richten. Die CDU hatte sich dabei am Positionspapier des zeitweiligen Ausschusses unseres Nachbarkreises Ludwigslust-Parchim orientiert.

Viele Punkte des CDU-Antrages teilen wir, einige jedoch nicht, wie z.B. die Abstandsregelung für sogenannte Splittersiedlungen oder die Ausweitung der zu beachtenden Vogelarten. Der Knackpunkt

für uns ist die Beteiligung der Städte und Gemeinden – einmal an der Planung und andererseits am Gewinn. Beides enthielt der Antrag, der dann mit kleinen Änderungen verabschiedet wurde.

Nun ist der Regionale Planungsverband am Zuge und danach das Land in der Pflicht, seine Zusagen wahr zu machen, die Entscheidungen der Planungsverbände zu akzeptieren und die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Die kommunale Beteiligung wird der große Prüfstein. Am 19. Februar wollen die Vertreter der LINKEN im Planungsverband noch einmal zu einer Abstimmung in Schwerin zusammen kommen.

Zweites wichtiges Thema war erneut der **Mindestlohn bei kreislichen Vergaben**. Leider war Frau Hesse – erst seit dem 14. Januar nicht mehr Landrätin – nicht anwesend, um meine Kritik an ihrem Taktieren in dieser Frage zu hören. Nach der Ablehnung unseres 10€-Antrags im September und ihrem Widerspruch gegen den 8,50 € Antrag von SPD und Grünen, einigten sich die drei Fraktionen auf einen neuen gemeinsamen Antrag. Wir sehen 8,50 €/h zwar als zu wenig an, aber als ersten Schritt in die richtige Richtung. SPD und wir argumentierten, dass wir nicht auf eine bundesweite Regelung warten wollen, die womöglich erst 2017 und dann mit zahlreichen Ausnahmen kommt. Erwartungsgemäß sah die CDU dies anders und konnte es kaum verstehen, dass wir nach dem Widerspruch der Landrä-

tin einen neuen Versuch unternehmen. Gespannt darf man jedoch sein, wie der amtierende Landrat, Gerhard Rappen (CDU), nun damit umgeht. Denn der Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

Auch die **Jugendhilfeplanung** stand auf der Tagesordnung. Dringend musste hier Geld freigegeben werden, damit die Träger der Jugendhilfe verlässlich ihre Arbeit machen können. Eine schlechte Figur machte hier die Verwaltung bei der Beantwortung von Fragen aus unserer Fraktion. Simone wollte wissen, ob 2014 alle ESF-Förderkriterien eingehalten werden, um einen drohenden Förderstopp wie 2013 zu vermeiden. Die 2. Beigeordnete, Kerstin Weiß (SPD), sagte erst ja. Die Fachdienstleiterin, Beate Dellin, sagte jein. Es gibt noch einzelne Stellen die 2014 eine Ausnahmegenehmigung benötigen, da bestehende Verträge u.a. eine sofortige Um-

### Termine (Teil 3/3)

MdL Simone Oldenburg lädt ein ins...

#### Café Courage

#### Die Finanzmisere der Kommunen

Veranstaltung mit der finanzpolitischen Sprecherin der Linksfraction Jeannine Rösler

Ort: Gägelow, Jugendclub, Untere Straße 15

#### 28. März

Geschäftsstelle Gadebusch von 9.00 bis 11.00 Uhr

MdL Simone Oldenburg bietet an...

#### Unverbindliche Rechtsauskunft

mit dem Rechtsanwalt Andreas Spriewald zu zivil-, verwaltungs- und sozialrechtliche Angelegenheiten

Ort: Steinstr. 6, 19205 Gadebusch

#### 28. März

Wisnar | Beginn: 20.00 Uhr

Vortrag / Gespräch

#### Die Erde gehört uns nicht. Zur Geschichte eines Irrtums. Theologische Aspekte der Klimagerechtigkeit

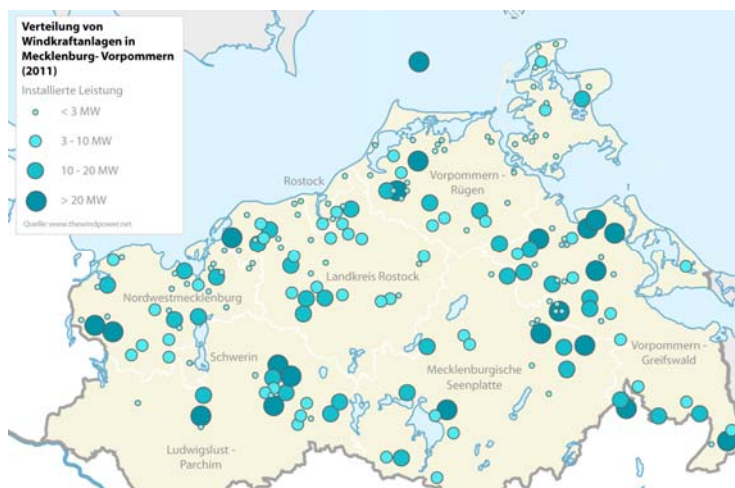
mit Altbischöfin Bärbel Wartenberg-Potter

Eine Gemeinschaftsveranstaltung mit der evangelischen Kirchengemeinde in der Reihe „Turmerlebnis“

Ort: St. Nikolai

stellung nicht zulassen. Die Genehmigung dieser Ausnahmen ist nach ihr jedoch sehr wahrscheinlich. Zu 2015 sollen alle Kriterien erfüllt werden. Der Kreistag stimmte dann der Bereitstellung finanzieller Mittel in Höhe von knapp 790.000 € zu.

*Von Björn Griese*





Eine Manifestation gegen imperialistische Kriege war die XIX. Internationale Rosa Luxemburg-Konferenz im hundertsten Jahr nach dem Beginn des 1. Weltkrieges

Nicht nur die weiter gewachsenen Besucherzahlen beeindruckten, sondern vor allem, wie Menschen in aller Welt gegen Imperialismus und Krieg kämpften.

Als Whistleblower wurden Bradley Manning (Chelsea) und Edward Snowden in der Welt bekannt, weil sie Kriegsverbrechen und andere Verbrechen der USA bekannt gemacht haben.

Acht Jahre nach dem Einsatz im Irak wollte auch der dänische Geheimdienstoffizier Anders Kaergaard nicht länger über Menschenrechtsverletzungen seiner Armee während ihres Einsatzes im Irak schweigen und machte diese öffentlich, da er weder beim Obersten Militärstaatsanwalt noch beim Verteidigungsministerium Gehör gefunden hatte.

Doch wie in den USA wurden nicht die betrifft, die für Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen Verantwortung tragen, sondern die, die diese Skandale an die Öffentlichkeit bringen. Auch Anders Kaergaard musste einen hohen persönlichen Preis zahlen. Er wurde sechs Monate eingesperrt, verlor seinen Job und wurde aus dem Kreis seiner früheren Kameraden sogar bedroht. Menschen aus seinem sozialen Umfeld und seiner Familie wandten sich von ihm ab. Dafür hat er neue Freunde gewonnen, wie auch der riesige Beifall der Teilnehmer der Rosa Luxemburg Konferenz nach seinem Bericht zeigte.

Die Vielzahl der Teilnehmer, die nicht immer Platz im großen Saal der Urania fanden, und die Redner waren sich durchaus bewusst, dass es der Imperialismus war und ist, der seit 100 Jahren mit seinen Kriegen eine breite Blutspur bei den Völkern der Welt gezogen hat.

Der deutsche Publizist Jörg Kronauer, der Weggefährte Nelson Mandelas, Denis Goldberg, der kanadische Professor Michel

Chossudovsky und die Vorsitzende des Weltfriedensrates Maria do Socorro Gomes Coelho aus Brasilien benannten die unersättliche Gier der Konzern- und Bankeigner, sich die Reichtümer der Völker anzueignen, als Haupttriebkraft für Krieg und Gewalt. Reichtum gewinnt man bereits durch Waffenhandel. Die Vorsitzende des Weltfriedensrates bezeichnete die USA, die NATO und die EU als größte



Bedrohung für die Völker.

Ins Bewusstsein der Menschen soll der Zusammenhang zwischen Imperialismus, Krieg und Verarmung nicht dringen. Dazu dienen Medien, Parlamente und angeblich unabhängige Stiftungen. Die Nah-Ost Korrespondentin Karin Leukefeld, der ehemalige Aufklärer der DDR im NATO-Hauptquartier Rainer Rupp und die Redakteurin der dänischen Tageszeitung Arbejderen berichteten über Methoden der Manipulation und machten deutlich, dass heute die Täuschung der eigenen Bevölkerung wichtiger ist als die Täuschung des Gegners. Die Manipulation wirkt. Selbst intelligente Menschen sprechen befriedigt davon, dass es ja in Europa seit 60 Jahren keinen Krieg mehr gegeben hat. Sind die Kriege gegen Jugoslawien schon vergessen? Der ehemalige jugoslawische Außenminister, Zivadin Jovanovic berichtete über die katastrophalen Folgen nicht nur der 2 Weltkriege, sondern auch des NATO Angriffs von 1999 sowie der vorangegangenen Sezessionskriege. Deutschland hatte an allen Verbrechen gegen dieses Land einen hohen Anteil. Die NATO-Aggression 1999 gegen Jugoslawien wurde zum

„Türöffner“ für die nächsten Kriege – gegen Afghanistan, den Irak, Libyen und Syrien.

Mein besonders Interesse galt einem Extraforum, indem etwa 200 junge Leute engagiert darüber berieten, wie sie sich noch wirksamer der Militarisierung an Schulen und Hochschulen und anderer Lebensbereiche widersetzen können. Man war sich einig, daß die Bundeswehr kein normaler Arbeit-

geber sein kann, schon deshalb nicht, weil eine solche Tätigkeit mit einer Gefahr für Leib und Leben verbunden ist.

Ähnlich wie bei der großen Podiumsdiskussion später wurde auch hier deutlich, wie schwer es ist, die



vielen Aktivitäten der unterschiedlichen Gruppen, Organisationen und Parteien zusammenzuführen, um wirksamer zu werden. Noch stärker muss das Verständnis entwickelt werden, dass Verarmung, Flüchtlingsproblematik, Rassismus, Faschismus und Krieg gleichermaßen ihren Ursprung in

der herrschenden Gesellschaft haben. Es gilt die Proteste gegen diese Gesellschaftsform besser zu bündeln.

Auf dem Podium musste Bernd Rixinger Zweifel an den friedenspolitischen Positionen der Linken ausräumen, weil es auch Mitglieder gibt, die abweichende Meinungen in den Medien formuliert hatten. Bernd Rixinger unterstützte die Kritik daran, verwies aber auf die eindeutigen Aussagen im Parteiprogramm und das Agieren der Basis und der Führung gegen Militarismus und Krieg. Er betonte – wäre die Linke keine Friedenspartei mehr, wäre sie im Parteienspektrum überflüssig.

Wie in jedem Jahr hatte die internationale Solidarität einen besonderen Stellenwert. Vertreter vom Flüchtlingscamp am Oranienplatz erhielten Unterstützung. Grüße der Konferenz gingen an die Cuban five und an Ex-Black-Panther Mumia Abu-Jamal, dessen 1982 verhängtes Todesurteil in eine lebenslange Haftstrafe, einen Tod auf Raten, umgewandelt wurde. Unter langem Applaus verlas Mumias Sohn Jamal Hart eine Botschaft seines Vaters. Die Teilnehmer erneuerten die Forderung für Freilassung Mumias, der Cuban-Five, von denen vier noch in Haft sind, und der anderen politische Gefangenen der USA.

Mit einer Unterstützung dieser Forderung durch einen deutschen Präsidenten oder eine Bundeskanzlerin ist wohl nicht zu rechnen.

Horst Neumann, Januar 2014

der WELLENBRECHER

Herausgegeben vom:  
Kreisverband

**DIE LINKE.**  
NORDWESTMECKLENBURG

Am Schilde 7a, 23966 Wismar

Redaktion:

Sonja Bahlk, Werner Bandomir, Helga Brauer, Horst Neumann, Horst Krumpfen, Eckhardt Stelbrink, Lutz Tannhäuser, Peter Vorbau und Frank Wuttke

Kontakt:

Fon: (03841) 28 35 55  
Fax: (03841) 20 19 79  
Mail: info@die-linke-nwm.de  
Internet: www.die-linke-nwm.de  
Nächster Redaktionsschluss: 15.03.14

## Nur qualifizierte Lehrkräfte sollen Kinder unterrichten dürfen

Von *Simone Oldenburg*



**Das Land senkt mit dem im Dezember verabschiedeten Gesetz über die Lehrerbildung die Hürden für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen an den Schulen.**

Frauen und Männer, die kein Lehramtsstudium absolviert haben, arbeiten bereits in großer Anzahl an den Bildungseinrichtungen, ohne vom Land fortgebildet zu werden.

Aber anstatt, dass die Landesregierung dieser Pflicht endlich nachkommt, werden weitere „Ersatzlehrkräfte“ eingestellt, ohne die notwendige Ausbildung in Pädagogik, ohne didaktische und methodische Qualifizierung.

Ein Diplombiologe soll beispielsweise – ohne pädagogische Vorkenntnisse, ohne Fortbildung – fünf Jahre an den Schulen in Mecklenburg-Vorpommern arbeiten, und erhält dann die Anerkennung als Lehrkraft.

Das Gesetz bedenkt aber auch

Facharbeiterinnen und Facharbeiter. So kann künftig also die Melkerin Chemie vermitteln, der Hobbyangler Biologie und der Panzerfahrer – der tatsächlich in Mecklenburg-Vorpommern unterrichtet – schlägt weiterhin in der Grundschule die Bresche für die Grundrechenarten und das Lesenlernen. Er legt bei den Lütten die Grundlagen für Sach-, Selbst- und Methodenkompetenz.

Das ist weit entfernt von einer linken Bildungspolitik und deshalb legten wir Änderungsanträge vor – wissend, dass zum neuen Schuljahr 1000 Lehrkräfte in Mecklenburg-Vorpommern benötigt werden.

Wir verlangten, dass diese couragierten Frauen und Männer mit dem ersten Tag ihrer Arbeit an den Schulen berufsbegleitend fortgebildet werden.

Unsere Anträge wurden in den Wind geschlagen. Wieder einmal spart das Land im Bereich der Bildung auf Kosten der Mädchen und Jungen und investiert nur in eine punktuelle Schmalspurausbildung.

Ungeachtet aller Warnungen aus der Wissenschaft und Praxis haben SPD und CDU eine zuverlässige Qualifizierung von Seiteneinsteigerinnen und -einstiegern nicht geregelt, sie bleibt dem Zufall überlassen. Die betroffenen Menschen, die zu Recht einen Anspruch auf

fundiertes Wissen und klare Vorgaben haben, weil sie beim Unterrichten ihr Bestes geben wollen, werden allein gelassen.

In keinem anderen Beruf wird man ohne entsprechende Ausbildung oder Grundlagenvermittlung eingestellt.

Niemand käme auf die Idee, einen Krankenpfleger Operationen durchführen zu lassen und wenn er das mit oder ohne Erfolg einige Jahre getan hat, wird er automatisch ein Arzt.

Aber im Schulsystem, in dem es um die Erziehung und Bildung der



Kinder und Jugendlichen geht, da soll das möglich sein?

Das ist fahrlässiges und vorsätzliches Falschhandeln. Aber das scheint den Bildungsminister nicht zu stören, denn die verheerenden Auswirkungen werden sicherlich erst nach seiner Amtszeit deutlich spürbar sein.

## Das linke Ferienlager in Eickhof

Liebe Kinder, Eltern, Großeltern, es ist wieder soweit: Die Vorbereitungen für unser linkes Ferienlager im Naturdorf Eickhof laufen auf Hochtouren. In der Zeit 13. Juli bis zum 18. Juli 2014 biete ich ein Ferienlager für 20 Mädchen und Jungen im Alter von 7 bis 12 Jahren an.

Für zwei Kinder, deren Eltern diese wunderschöne Woche nicht finanzieren können, übernehme ich gerne die Kosten.

Wir fahren in diesem Jahr erstmalig nach Eickhof, einem kleinen Ort im Warnowtal, gelegen im Naturpark Sternberger Seenland.

Wunderschöne Zimmer, ein faszinierendes Außengelände, vier Mahlzeiten am Tag sowie ein tolles und abwechslungsreiches Programm lassen die Kinder eine unvergessliche Woche erleben.

Kistenklettern, Filzen, gemeinsames Pizzabacken, Geocaching mit Eckhardt Stelbrink, Fußball-Schule, der Besuch der Kinder-Akademie, eine Reptilienführung und einmalige Erkundungstouren sorgen für eine spannende Woche für die Kinder und eine entspannte Woche für die Eltern.

Bitte meldet euer Kind telefonisch bei Eckhardt Stelbrink unter 0162/9813025 an.

Ich freue mich auf eine schöne Woche mit den Lütten,

*Eure Simone Oldenburg*

(Fortsetzung von Seite 1)

chendeckend im Landkreis aber auch in den Kommunen anzutreten. Die Gadebuscher BO wird ihre Kandidaten am 19.02.2014 nominieren. Bis dahin werden aber noch zahlreiche Gespräche mit interessierten Bürgern geführt, die sich für eine sozialere, bürgernahe Politik vor Ort einsetzen möchten.

In einer kurzen Rede gab Dietmar Bartsch seiner Freude Ausdruck, dass der deutsche Bundestag endlich mit seiner Arbeit begonnen hat.

Er sprach u.a. das Thema Mütterrente an und kritisierte, dass diese aus der Rentenkasse und nicht aus Steuermitteln bezahlt wird und das es für Kinder, die vor 1992 geboren wurden, nur 1 Rentenpunkt gibt und damit alle Kinder, die nach 1992 geboren wurden, bes-

sergestellt werden. Und was ihn richtig auf die Palme brachte, war die Tatsache, dass Kinder in den neuen Bundesländern anders



(schlechter) behandelt werden, als aus den alten Bundesländern. Warum ist ein Kind aus Gadebusch weniger wert, als ein Kind aus

Bayern. Dies hat mit den unterschiedlichen Entgeltpunkten zu tun und ist eine große Ungerechtigkeit und das im 24. Jahr der deutschen

Einheit. Auch die Abschlagsfreie Rente mit 63 sei eine Mogelpackung, aus dieser wird ganz schnell eine Rente ab 65. Weiterhin kritisierte er die Beitragsbemessungsgrenze, diese müsse fallen. Alle müssen in die Rentenkasse einzahlen. Warum zahlen Abgeordnete nicht in die gesetzliche Rentenversicherung ein? Es muss der Grundsatz gelten: Die Millionäre brau-

chen die gesetzliche Rentenversicherung nicht, aber die gesetzliche Rentenversicherung braucht die Millionäre. Dann ging er noch kurz auf den Koalitionsvertrag ein und kritisierte, dass sich die SPD in vielen Punkten eben nicht durchgesetzt hat. So hat z.B. die SPD das Thema Steuergerechtigkeit (Vermögenssteuer) komplett aus den Augen verloren. Auch mit der vollmundigen Ankündigung, die s.g. Herdprämie abzuschaffen, die die Eltern davon abhalten soll, ihre Kinder in eine Kindertagesstätte zu bringen, hat sich die SPD nicht durchgesetzt. Dabei wäre das Geld für die Schaffung neuer Kindertagesstätten besser eingesetzt.

Anschließend besuchte Dietmar Bartsch auf Einladung des Bürgermeisters der Stadt Gadebusch den diesjährigen Neujahrsempfang.

*Von Thomas Konieczny*

## Meine Ansprüche an die Partei DIE LINKE

Der unter dieser Überschrift in der vorigen Ausgabe veröffentlichte Text hat mich sehr angesprochen, weil Genosse Dr. Aurich sich darin weiter zu den Idealen bekennt, die uns Ältere vor etwa einem halben Jahrhundert dazu bewogen haben, Mitglied der SED zu werden.

Von deren ehemals mehr als 2 Millionen Mitgliedern hat nur ein Bruchteil seine Ideale durch Zeiten gravierender gesellschaftlicher Umbrüche bewahrt und sie in einer aus dem Bankrott des Realsozialismus hervorgegangenen neuen Partei gut aufgehoben (im doppelten Wortsinn) geglaubt. Darin fühle ich mich Gen. Dr. Aurich verbunden.

Ich fände es aufschlussreich, wenn es künftig unter dieser Überschrift weitere solcher Wortmeldungen gäbe, um die sicherlich unterschiedlichen Erwartungen an unsere Partei zu artikulieren und auch, um deutlich zu machen, was uns trotz oft recht verschiedenartiger Sichtweisen zusammenhält, wie sie sich inzwischen sowohl bei jeden Einzelnen von uns herausgebildet haben und wie sie sich auch in der Existenz von Plattformen und AGn manifestieren.

Die neue Partei unterscheidet sich von ihrer „Vorgänger“-Partei grundlegend: Vorgänger ist letztere m. E. nur insofern, als die ganze Bürde der Vergangenheit, die sie hinterließ, nun auf uns lastet. Deshalb wird in politischen Auseinandersetzungen der Vorgänger-Begriff auch immer wieder bemüht, um die DIE LINKE für alle Fehler und Verbrechen der Vergangenheit haftbar zu machen, ein totalitäres Bild vom Realsozialismus zu zeichnen und die vielen emanzipatorischen Ansätze aus dem Gedächtnis der Menschen zu tilgen. Inwieweit wir selbst uns als ideologische Erben dieser Vorgängerpartei betrachten sollten, ist m. E. differenziert zu betrachten.

Im Abschnitt I unter „Wer wir sind und woher wir kommen“ unseres Programms erklären wir, an *linksdemokratische Positionen und Traditionen aus der sozialistischen, sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterbewegung sowie aus feministischen und an-*

*deren emanzipatorischen Bewegungen* anzuknüpfen und die *politischen Erfahrungen aus der Deutschen Demokratischen Republik* (Hervorhebung v. Autor) und der Bundesrepublik Deutschland zu bündeln. Ausdrücklich werden einige Sätze später Marx, Engels, Luxemburg als wichtigste geistige Impulsgeber erwähnt.

Sehr wohl besteht also die Bereitschaft, Erfahrungen aus der kommunistischen Bewegung aufzunehmen, allerdings eben nicht ausschließlich, sondern neben vielem anderem Bewahrenswerten; - die von Gen. Dr. Aurich ausgemachte Scheu, uns auch auf unser kommunistisches Erbe zu beziehen, kann ich nicht erkennen.

DIE LINKE hat meiner Meinung nach allen Grund, sich von dem im Realsozialismus gültigen und von der Sowjetunion übernommenen marxistisch-leninistischen Parteilbild zu distanzieren. Wer immer noch die Gründe dafür sucht, warum das sozialistische Weltsystem trotz des unbestreitbaren Engagements und der Hingabe unzähliger ehrlicher Parteimitglieder in den Sand gesetzt wurde, der findet sie meiner Meinung nach hier: Eine Partei, die sich als Avantgarde verstand, die sich im Besitz der unumstößlichen Wahrheit wähnte und die nach dem leninistischen Prinzip des demokratischen Zentralismus einem engen Führungszirkel unbegrenzte Vollmachten verlieh und die - wer kennt das infame Wort nicht - die Meinung praktizierte, dass man die Leute auch einmal zu ihrem Glück zwingen müsse, - die musste wohl bei Schauprozessen, beim Gulag-System, bei Katyn und Repressionen gegen Andersdenkende landen. Ein freiheitlicher Sozialismus kann diese Seiten des Kommunismus nicht unter entschuldbaren Fehlern verbuchen, die schon einmal vorkommen könnten. Aus gutem Grund versteht sich die DIE LINKE daher nicht als kommunistische Partei; in ihr können auch Nichtmarxisten Mitglied werden. Ob es je gelingt, eine solche Vorstellung von Kommunismus zu entwickeln, die der alten Hinterlassenschaft nicht verhaftet ist, ist gegenwärtig offen. Im „Blättchen“

Nr. 24/13 kann man übrigens einen Text des großen britischen marxistischen Historikers Eric Hobsbawm unter dem Titel „Kommunist sein“ zu diesem Thema nachlesen, in dem er eine ernüchternde Bilanz seiner lebenslangen Verbundenheit mit der kommunistischen Idee zieht, nachzulesen unter <http://dasblaettchen.de/2013/11/kommunist-sein-27290.html>; - eine Lektüre, die ich sehr empfehle.

Die Anregung von Genossen Dr. Aurich, das Kommunistische Manifest bei uns zur Pflichtliteratur zu machen, ist sicherlich nicht so zu verstehen, dass er das Parteilehrjahr wiederbeleben möchte.

Ich begrüße es sehr, wenn sich - und die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist dabei oft Impulsgeber - meist junge Leute freiwillig zusammenfinden, um Kapital und Manifest gemeinsam zu lesen. Für die Älteren unter uns sollte das eigentlich kein Neuland mehr sein. Wir haben m. E. eher dort Nachholbedarf an geistiger Aufrüstung, wo aktuelle gesellschaftliche Probleme behandelt werden, von denen Marx zu seiner Zeit noch nichts wissen konnte.

Als unverzichtbar für Linke halte ich es z. B., sich mit der Gedankenwelt des italienischen Kommunisten Antonio Gramsci vertraut zu machen, der uns das Konzept der kulturellen Hegemonie überlieferte. Im Unterschied zu Marx, der die Revolution als natürliche Folge historischer, vor allem ökonomischer Prozesse ansah, plädiert er dafür, sich zunächst um den ideologischen Sieg in der Auseinandersetzung um die Köpfe der Menschen zu kümmern, weil ohne vorangegangenen geistigen Umsturz eine soziale Revolution nicht siegreich sein könne. Von der dürften wir gegenwärtig meilenweit entfernt sein.

Ich halte es für unsere Partei nicht als vordringlich, sich jetzt an allerlei Definitionen zu versuchen oder Zukunftsbilder einer künftigen sozialistischen Gesellschaft zu beschreiben. Marx blieb bekanntlich aus gutem Grund im Vagen, wenn es um ein Bild des künftigen Kommunismus ging. Von meiner Partei erwarte ich vielmehr, dass

sie sich der aktuellen Probleme der Menschen annimmt. Die werden unseren Vorschlägen schwerlich folgen, wenn wir ihnen eine goldene Zukunft nach Errichtung der sozialistischen Gesellschaft in Aussicht stellen, sondern doch eher, wenn wir aktuell etwas zum Besseren wenden können.

Unsere Partei sollte sich m. E. mehr als bisher allen Fragen einer nachhaltigen und ökologischen Zukunftsgestaltung zuwenden wie z.B. den Problemen der Klimaveränderung, der erneuerbaren Energien, des Ressourcenverbrauchs, der Ernährungssicherheit u. a. m.; denn wenn wir unseren Enkeln eine nicht mehr bewohnbare Erde hinterließen, wäre Sozialismus obsolet.

Was die von Gen. Dr. Aurich angesprochenen Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit anbelangt, in aller Kürze soviel: auch mich ärgert die Häme, mit der tagtäglich Verleumdungen und Unwahrheiten über diesen Staat verbreitet werden, in dem ich wie viele andere gern gelebt habe. Die Gründe für sein Scheitern sehe ich - abgesehen davon, dass das Schicksal der DDR von Anfang an unlösbar mit dem der UdSSR verknüpft war - wie schon weiter oben ausgeführt im falschen Verständnis der Rolle der Partei. Auch unser damaliges politisches System krankte daran und kann daher kein Vorbild für einen Demokratischen Sozialismus sein.

Zu diskutieren wäre noch vieles, z. B. unser Verständnis von solchen Begriffen wie Revolution, Reform, Transformation; - ich wünschte mir sehr, dass es zu der von Gen. Dr. Aurich dankenswerter Weise angeregten Diskussion weitere Wortmeldungen gäbe.

Von Lutz Tannhäuser



Unsere Genossin

**Erna Werner**

ist im Dezember verstorben.

Sie wurde 89 Jahre alt. Lange Jahre war sie sehr aktiv in unserer Partei und ist auch in schweren Zeiten ihrer Überzeugung treu geblieben. Auch in hohem Alter nahm sie mit großem Interesse an dem Leben unserer Partei teil und war durch ihre Überzeugungskraft und ihre Freundlichkeit Vorbild für viele jüngere Genossen.

Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

## Ansätze für unsere senioren-politische Arbeit 2014

Ich muss zugeben, dass ich noch ganz unter dem Eindruck der Ausstellung „Phantastische Ideen aus Technik und Natur“ stehe, die wir als AG zum Jahresabschluss im Technischen Landesmuseum in Wismar besucht haben. Diese Adresse sollte jede BO kennen.

Mich, im Sinne unserer in Wismar begonnenen Diskussion, mit der rentenpolitischen Arbeit im neuen Jahr befassend, halte ich Rückschau. Für die gesellschaftlichen und parteipolitischen Probleme, denen wir 2014 unsere Aufmerksamkeit schenken wollen, finden wir bereits 2013 Ursachen, Ansätze, Weichenstellungen.

Da steht die Belebung des Gedankenaustausches, des politischen Meinungsstreites, auch weiterhin im Vordergrund. Genosse Dr. Hans-Peter Aurich hat als Mitglied der AG mit seinem Artikel „Meine Ansprüche an die Partei DIE LINKE (Ausgabe 06/2013) einen persönlichen Beitrag für die Diskussion in unseren BO und auch in unserer Zeitung geleistet.

Die neue Bundesregierung lässt keinen Zweifel daran, dass mit der Koalitionsvereinbarung alle Schichten der Bevölkerung, die mit dem täglichen Leben fertig werden müssen, vor Probleme unbekann-

ter Schärfe gestellt werden.

Alters- und Kinderarmut haben wie selbstverständlich Eingang in den allgemeinen Sprachgebrauch gefunden. Genossin Oldenburg schlägt Alarm: „es brennt in den Kommunen...“ (Ausgabe 05/13), aber mit den Kommunen bleiben wir alle im Regen stehen.

Das alles erfordert, dass wir, auch in Vorbereitung der Wahlen, enger mit den BO zusammenrücken müssen. Darauf orientieren wir unsere Maßnahmen. In diesem Sinne wirken die Mitglieder der AG in ihren Basisorganisationen.

Wir sehen unsere Verantwortung in der Weiterführung des Kampfes gegen „Rechts“ und in unserem Beitrag zur Gestaltung unserer Erinnerungskultur, im Zusammenhang mit den Gedenktagen dieses Jahres.

Zu unseren Vorstellungen, an denen wir arbeiten, zählen weiterhin:

- eine Gesprächsrunde mit dem stellvertretenden Vorsitzenden unserer Bundestagsfraktion, Genossen Dietmar Bartsch;
- eine Veranstaltung mit Vertretern des Landeskriminalamtes zum Schutz vor kriminellen Gefahren im tägliche persönlichen Leben;

- eine Diskussionsrunde mit dem NDR und im NDR zu den Interessen der älteren Bürgerinnen und Bürger in den Programmen des NDR.

Wir werden in unserer nächsten Beratung prüfen, was uns im Zusammenwirken mit interessierten Partnern möglich ist, denn das alles erfordert ein großes Engagement vieler Genossinnen und Genossen.

Zu unserer AG gehören zur Zeit noch 5 Genossen. Aus alters- und gesundheitlichen Gründen mussten wir aktive Mitstreiter verabschieden.

Wir bitten die Vorstände der BO, in Abstimmung mit dem Kreisvorstand, unsere Vorhaben durch die Gewinnung von Mitgliedern für unsere AG zu unterstützen und die Namen der neu gewonnenen Genossinnen und Genossen dem Kreisvorstand mitzuteilen.

Wichtig für unsere Arbeit wäre auch, wenn die BO uns mitteilen würden, an welcher der aufgeführten Themen sie Interesse haben.

Absprachen hierzu können dazu mit mir unter der Telefonnummer 0173 632 746 2 geführt werden.

*Kurt Dombrowski*

## Mehr Grün ins Rot!

Zwei von der Wismarer Bürgerschaft letztes fast einmütig gefasste Beschlüsse deuten m. E. darauf hin, dass ökologisches Denken dort ungenügend ausgeprägt ist.

So stimmte das Stadtparlament in der Septembersitzung fast einmütig der Aufstellung eines Bebauungsplans für ein neues Wohngebiet westlich der Mediantlinik zu.

Bei dem ausgewiesenen Gebiet handelt es sich um bestes Ackerland, dass durch Bebauung auf Dauer der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen wird. Angesichts von Hunger und weiter wachsender Weltbevölkerung und damit steigendem Nahrungsmittelbedarf finde ich das hochproblematisch; alle entsprechenden Prognosen warnen weltweit vor weiterer Bodenversiegelung.

Ein weiterer kritikwürdiger Aspekt besteht m. E. darin, dass mit die-

sem Bauvorhaben ein von der Bevölkerung gern genutztes Naherholungsgebiet, nämlich der wunderbare Hochuferweg vom Wäldchen an der Mediantlinik nach Hoben, seinen Charme verlieren wird.

Ich glaube, dass im städtischen Kerngebiet noch ausreichend ungenutzte Flächen vorhanden sind, um Baubedarf abzusichern. Der Wunsch nach dem Blick aufs Meer vorm eigenen Häuschen sollte Nachrang vor Allgemeininteressen haben. Dass bei schrumpfender Bevölkerung in Wismar mehr Land zersiedelt werden muss, kann nicht überzeugen.

Auch ein in der Junisitzung gefasster Beschluss, nach dem die infrastrukturellen Voraussetzungen zur Abfertigung von Kreuzfahrtschiffen geschaffen werden sollen, wirft bei mir Fragen auf. Kreuzfahrtschiffe sind als die Umwelt belastende

Dreckschleudern verrufen, die man anderenorts aus den Häfen verbannt. Ob der spätere Nutzen in Form von ein paar Souvenirverkäufen die erforderlichen öffentlichen Aufwendungen rechtfertigt, scheint mir fraglich zu sein.

Das solche Beschlüsse bei nur 3 Nein-Stimmen (ob die von unserer Fraktion kamen, ist aus den Protokollen nicht ersichtlich) durchgehen konnten, kann mich aus angeführten Gründen nur verwundern.

*Lutz Tannhäuser*



Der Freundeskreis kündigt an:

**Wismar, 27. Januar, 19 Uhr**  
*Vortrag/Gespräch*  
**Kooperation statt Rivalität: Gemeinwohlökonomie**  
mit Prof. Dr. Bernd Fittkau  
Ort: Filmbüro, Bgm.-Haupt-Str. 51  
Gemeinsam mit attac Wismar

**Wismar, 26. Februar 19 Uhr**  
*Vortrag/Gespräch*  
**Drohnenkriege – Kriegführung der Zukunft?**  
mit Norbert Schepers,  
Ort: Tikoizigalpa, Dr. Leber-Str. 38  
Gemeinsam mit Infocafé

**Wismar, 28. März, 20 Uhr**  
*Vortrag/Gespräch*  
**Die Erde gehört uns nicht. Zur Geschichte eines Irrtums. Theologische Aspekte der Klimagerechtigkeit**  
mit Altbischofin Bärbel Wartenberg-Potter  
Gemeinsam mit der evangelischen Kirchengemeinde in der Reihe „Turmerlebnis“  
Ort: St. Nikolai

**Wismar, 07. April 19 Uhr**  
*Filmvorführung u. Diskussion*  
**Albtraum Auslandseinsatz**  
mit Monty Schädel  
Ort: Tikoizigalpa, Dr. Leber-Str. 38  
Gemeinsam mit Infocafé

**Wismar, 28. April 19 Uhr**  
*Buchvorstellung und Gespräch*  
**Der Europäische Traum und die Wirklichkeit**  
mit Andreas Wehr  
Ort: Filmbüro, Bgm.-Haupt-Str. 51-53

**Gadebusch, 07. Mai 19 Uhr**  
*Buchvorstellung und Gespräch*  
**Herrmann Kant. Nicht ohne Utopie**  
mit Dr. Linde Salber, Köln  
Ort: offen

**Wismar, 22. Mai 19 Uhr**  
*Buchvorstellung und Gespräch*  
**Rotes Grün. Pioniere und Prinzipien einer ökologischen Gesellschaft**  
mit Dr. Hans Thie  
Ort: Filmbüro, Bgm.-Haupt-Str. 51-53

**Schönberg, 22. Mai ... Uhr**  
**„... sich fügen heißt Lügen“**  
mit Isabel Neuenfeldt  
Ort: Volkskundemuseum, An der Kirche 8/9  
Gemeinsam m. Mühsamgesellschaft Lübeck

## Leningrad-Blockade - 872 Tage Hunger

Von Sonja Bahlk

**70 Jahre ist es her, seit am 27. Januar 1944 die Blockade von Leningrad beendet wurde.**

Am 8. September 1941 schlossen deutsche und finnische Truppen den Belagerungsring um die zweitgrößte Stadt der Sowjetunion, Leningrad. Die Drei-Millionen-Metropole wurde von sämtlichen Versorgungswegen abgeschnitten. Nur über den im Winter zugefrorenen Ladogasee erreichten LKW-Transporte die Stadt.

Das war der Anfang der 872-tägigen Blockade, eines der größten Verbrechen im 2. Weltkrieg. Die Zahl der Opfer unter der Bevölkerung der Stadt in dieser Zeit wird auf 1,1 Millionen geschätzt. Die Menschen starben meist durch Hunger, aber auch durch Kälte und Artilleriebeschuss. Die Lebensmittelrationen sanken unaufhörlich, bis sie Ende November 1941 ihren Tiefpunkt erreichten. Wer Arbeit hatte, erhielt täglich 250g Brot. Für Kinder gab es lediglich 150g, und wer keine Arbeit hatte, bekam 125g. Das war der sichere Tod. Zehntausende starben monatlich. Dazu kamen in den Wintermonaten eisige Temperaturen von minus 40 Grad. Die Leichen der Erfrorenen, an Hunger und Erschöpfung Gestorbenen lagen an den Stadträndern. Erst mit Beginn des Tauwetters erlaubte der gefrorene Boden die Bestattung in Massengräbern.

Das kaum vorstellbare Leiden in dieser Stadt wird deutlich in damals geschriebenen Dokumenten, wie dem Tagebuch der Schülerin Tanja Sawitschewa, der »Leningrader Anne Frank«, die zum Symbol der Blockade wurde. Ihre Aufzeichnungen sind ein erschütterndes Dokument: »Onkel Ljoscha am 10. Mai um 4 Uhr nachmittags 1942. Mutter am 13. Mai um 7.30 vormittags 1942. Die Sawitschews sind gestorben. Alle sind gestorben. Nur Tanja ist geblieben.« Sie wurde aus Leningrad weggebracht, starb aber 1944 an den Folgen der Blockade.

Dies Leiden und Sterben wurde von den Deutschen nicht nur in Kauf genommen, sondern war gewollt und geplant.

So hieß es in Hitlers geheimer

Weisung vom 22. September 1941 »Die Zukunft der Stadt Petersburg«: »1. Der Führer hat beschlossen, die Stadt Petersburg vom Erdboden zu vertilgen. Nach dem Sieg über Sowjetrußland wird es für das Weiterbestehen dieser großen Stadt nicht mehr den geringsten Anlass geben. Finnland hat ebenfalls erklärt, es sei an einem Weiterbestehen dieser unmittelbar vor seinen neuen Grenzen gelegenen Stadt nicht interessiert. (...) 3. Es ist vorgeschlagen worden, die Stadt mit einem festen Ring zu umschließen und sie durch Artilleriefeuer aller Kaliber und pausenlose Luftangriffe dem Erdboden gleichzumachen. Wenn das dazu führt, dass die Kapitulation der Stadt angeboten wird, ist dies abzulehnen.« Am 8. November 1941 erklärte Hitler in einer Rede, der Feind werde in Leningrad »ausgehungert« und erntete damit stürmischen Beifall.

Erst mit der Winteroffensive 1943/1944 gelang es der Roten Armee, die Belagerung des zur »Heldenstadt« erklärten Leningrad zu beenden.

Ich kam mit einer Gruppe deutscher Studenten im Jahr 1954, zehn Jahre nach diesen schrecklichen Ereignissen, nur neun Jahre nach Beendigung des Krieges in diese Stadt. Die äußeren Zeichen des Krieges waren schon weitgehend beseitigt, nur ab und zu sah man an den Gebäuden noch die Spuren der Artillerie- und Bombeneinschläge. Aber welche Spuren blieben in den Gedanken und Gefühlen der Menschen? Es gab kaum eine Familie, die nicht Angehörige während der Blockade verloren hatte. Es wäre verständlich gewesen, wenn der Hass auf die deutschen Aggressoren auch uns noch manchmal getroffen hätte.



Aber wir empfingen von Anfang an Hilfsbereitschaft und Freundlichkeit, nicht nur in den Instituten und Hochschulen, wo man uns vor allem bei der Bewältigung der Anfangsschwierigkeiten half, sondern auch in den Familien, mit denen wir im Verlauf der fünf Jahre Studi-

## Glückwünsche

**Der Kreisvorstand der LINKEN Nordwestmecklenburg gratuliert allen Mitgliedern unseres Kreisverbandes sehr herzlich, die im Januar und Februar 2014 Geburtstag hatten und haben.**

Ganz besonders herzliche Glückwünsche gehen an unsere Genossin Maria Steinke und an unseren Genossen Bruno Kerbstat zum 90. Geburtstag. Genossin Luise Schulz gratulieren wir zum 88. und Genosse Heinrich Lenke wünschen wir alle Gute zum 87. Auf 86. Jahre



blickt Genosse Gerhard Gorzitza zurück und zum 85. gratulieren wir Genossin Christa Weise sowie den Genossen Gerhard Vorbröcker und Manfred Fischer. Zum 82. Geburtstag gehen alle guten Wünsche an die Genossinnen Erika Schmidt und Edith Knöfel sowie an den Genossen Lothar Marek. Den 81. Geburtstag begeht Genosse Horst Bachmann und zum 80. gehen herzliche Glückwünsche an Genossen Peter Luckmann. Zum 70. Geburtstag erhält Genosse Detlef Bojahr herzliche Glückwünsche.

Zum 60. gratulieren wir Genossin Marianne Hußfeldt, 50 Jahre wird Genosse Jörg Brudzinski und Genosse Sven Barquet begeht seinen 40. Geburtstag.

**Wir wünschen ihnen alles Gute, vor allem Gesundheit, und danken ihnen für ihre langjährige aktive Parteilarbeit.**

*Das Menschenleben ist seltsam eingerichtet: Nach den Jahren der Last hat man die Last der Jahre. Goethe*

Die »Leningrader Symphonie« begleitet die Besucher der Gedenkstätte, wo in Massengräbern die Gebeine der Blockadeopfer bestattet sind.



um durch unsere Mitstudenten und Freunde Kontakt bekamen und von denen viele den Krieg und auch die Blockade überlebt und Angehörige verloren hatten.

Während unseres Studiums begann auch der Bau der Gedenkstätte auf dem Piskarjowskoje Friedhof, die 1960, kurz nach Beendigung unseres Studiums, eingeweiht wurde.

Auf einer meiner späteren Reisen nach Leningrad konnte ich dann diese Gedenkstätte besuchen. Obgleich damals schon über 25 Jahre seit dem Krieg vergangen waren, empfand ich das Gefühl des Entsetzens und auch der Scham angesichts der riesigen Massengräber auf denen nur die Jahreszahlen standen. Hinter der Statue »Mutter Erde« eine Granitmauer mit dem darin eingemeißelten Gedicht einer Überlebenden der

Blockade:

**Hier liegen Leningrader.  
Hier liegen Bürger - Männer,  
Frauen und Kinder.  
Neben ihnen Soldaten der Roten  
Armee.  
Mit ihrem Leben.  
Verteidigten sie Dich, Leningrad.  
Die Wiege der Revolution.  
Nicht alle ihre edlen Namen können wir hier nennen.  
So viele sind es unter dem ewigen Schutz von Granit.  
Aber wisse, der du diese Steine betrachtest.  
Niemand ist vergessen und nichts wird vergessen.**

Auch daran sollten wir denken, wenn heute wieder Neofaschisten auf Straßen in deutschen Städten ihre Losungen grölen, Morde begehen und Sitze in unseren Parlamenten einnehmen.